

# Liechtensteiner Volksblatt

erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Prozess in Thorn

Im Prozess um die Ermordung des polnischen Priesters Popieluszko ist der Hauptangeklagte, der Geheimpolizei-Hauptmann Piotrowski, zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte für diesen Angeklagten die Todesstrafe beantragt.

### USA als Führungsmacht der freien Welt

US-Präsident Reagan hat in seiner Botschaft zur Lage der Nation die Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, mit erhöhter militärischer Schlagkraft und diplomatischen Mitteln weltweit für Frieden, Freiheit und Sicherheit einzutreten. Er sieht die Rolle der USA als Führungsmacht der freien Welt wiederhergestellt.

### Spannungen im ANZUS-Pakt

Die Spannungen zwischen den Partnern im ANZUS-Pakt haben sich ausgeweitet. Neuseeländische Parlamentsabgeordnete sind von einem geplanten Treffen mit dem Befehlshaber der amerikanischen Atlantikflotte wieder ausgeladen worden.

### Tschernobyls Erkrankung bestätigt

Der Chefredakteur des sowjetischen Parteiorgans «Prawda» hat Berichte über eine Erkrankung von Staats- und Parteichef Tschernobyl bestätigt. In einem italienischen Fernsehinterview sagte er jedoch, dass Tschernobyl jedoch trotz der Krankheit die Partei weiter führe.

### Widerstand in Wackersdorf

Mit Widerstand auf allen Ebenen wollen die Naturschutzverbände den geplanten Bau einer Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wackersdorf verhindern.

### Malbun: Skifahrer von Schneebrett erfasst

Gestern nachmittag um zirka 15.00 Uhr geriet ein junger Schweizer Skifahrer, zirka 300 Meter von der Alpe Turna (Malbun) entfernt, in ein Schneebrett, das ihn unter sich begrub. Junge Burschen beobachteten das Unglück vom Saiserejoch aus und haben ihn zirka 20 Minuten später aus den Schneemassen befreit. Werner Bühler von der Saiserejochbahn war dem Vernehmen nach sehr rasch mit mehreren Hilfs- und Beatmungsgeräten beim Verunfallten, um erste Hilfe zu leisten. Wie man hört, soll der Verunglückte in einem äusserst kritischen Zustand ins Spital nach Chur transportiert worden sein.

### Schweiz-Liechtenstein:

### Teuerung bei 3,5 Prozent

Bern (AP) Der Monat Januar hat im schweizerisch-liechtensteinschen Wirtschaftsraum einen deutlichen Teuerungsschub gebracht: Nach Angaben des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) vom Donnerstag verzeichnete der Landesindex der Konsumentenpreise im Januar eine Erhöhung um 1,0 Prozent gegenüber dem Vormonat auf den Stand von 106,1 Punkten. Die Jahresteuerrate kletterte auf 3,5 Prozent, verglichen mit 2,9 Prozent Ende Dezember letzten Jahres. Hauptgrund für den markanten Teuerungsanstieg war laut BIGA die Kältwelle in der ersten Januarhälfte, die die Heizöl- und die Gemüsepreise in die Höhe schnellen liess.

## Strafrechtsreform als Schwerpunkt im Justizbereich

Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt erläuterte wichtige Vorhaben in seinen Ressorts

Die geplante Strafrechtsreform wird im laufenden Jahr den Schwerpunkt im Ressort Justiz darstellen, meinte Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt am Pressegespräch, als er über die Arbeiten in den von ihm verwalteten Ressorts gefragt wurde. Hinzu kommt aus dem Ressort Verkehr die weitere Förderung des öffentlichen Verkehrs und aus dem Ressort Wirtschaft die Frage der Rheinkraftwerke und der Erdgasversorgung.

Zur Strafrechtsreform ist dem Landtag bereits ein neues Strafgesetzbuch zugeleitet worden, das die geltenden Bestimmungen aus dem Jahre 1852 ablösen soll. Als Vorbild diente das österreichische Strafgesetzbuch von 1975, das als anerkannt modernes Strafgesetzbuch gilt.

### Neues Jugendgerichtsgesetz

Gleichzeitig mit der Regierungsvorlage zu einem neuen Strafgesetzbuch ist dem Landtag, wie Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt weiter ausführt, auch ein Strafanpassungsgesetz sowie ein Jugendgerichtsgesetz zugeleitet worden. Das Strafanpassungsgesetz war nötig, um das geltende Nebenstrafrecht, also Bestimmungen ausserhalb des Strafgesetzes, mit dem neuen Recht in Übereinstimmung zu bringen. Das Jugendgerichtsgesetz enthält für Kinder und Jugendliche, die vom Strafgesetzbuch ausgenommen sind, für ihr Alter entsprechende Sonderbestimmungen. Diese drei Gesetze werden nach Auskunft von Hilmar Ospelt im Frühjahr vom Landtag in Behandlung gezogen und wahrscheinlich eine intensive Beschäftigung auf Regierungs- und Parlamentebene bringen.

Als weitere Arbeiten im Ressort Justiz erwähnte Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt die Reform der Strafprozessordnung, die sich durch das neue Strafgesetzbuch aufdränge. Zur Zeit werde an diesem Reformwerk in einer von der Regierung eingesetzten Strafrechtskommission gearbeitet.

Ausserdem werden im laufenden Jahr die Arbeiten des Landtags in bezug auf das Rechtsanwaltsgesetz fortgesetzt und die Durchführungsverordnungen zum Strafvollzugsgesetz bzw. eine Gefängnisordnung demnächst von der Regierung verabschiedet und in Kraft gesetzt.

Schliesslich erwähnte Hilmar Ospelt auch die Gleichstellung von Mann und Frau in der liechtensteinischen Gesetzgebung, für die mit der Beantwortung eines Postulates im Landtag die Grund- und Ausgangslage für weitere Arbeiten geschaffen worden sei.

### Förderung des öffentlichen Verkehrs

Im Ressort Verkehr werden in diesem Jahr weitere Anstrengungen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie zur Schaffung eines liechtensteinischen Radios unternommen. Die Voraussetzungen für ein auf unser Land bezogenes Radio sind nach Ansicht von Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt in technischer Hinsicht geschaffen. Es gehe jetzt darum, den rechts- und medienpolitischen Rahmen, abgestützt auf das Gesetz von 1978 über Radio und Fernsehen, in eine Verordnung umzusetzen. Im Bereich des öffentlichen Verkehrs sollen Verbesserungen im breitesten Rahmen angestrebt werden, vor allem was die at-

traktivere Gestaltung der Fahrpläne betrifft.

### Mehr Privatwirtschaft im Fremdenverkehr

Im Ressort Wirtschaft werden die Arbeiten von den geplanten Rheinkraftwerken, der Erdgasversorgung und der Förderung von Energiemassnahmen geprägt. Ausserdem soll ein neues Fremdenverkehrsgesetz geschaffen werden, das eine neue Finanzierungsregelung vorsieht. Die Fremdenverkehrsförderung wird auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt, die von privatwirtschaftlichen Überlegungen ausgeht und - wie Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt ausführt - zu einer klaren Trennung zwischen Staatsverwaltung und Fremdenverkehrszentrale führen soll.

Zur Förderung von Energiemassnahmen steht ein Postulat zur Behandlung an, wobei geprüft werden soll, ob es notwendig sei, ein spezielles Energiegesetz zu schaffen.

Bei den Rheinkraftwerken liegt der Schwerpunkt der Arbeiten beim Auflageverfahren und der Auswertung und Erledigung der Einsprachen. Bei der Erdgasversorgung, für die Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt auf die Heizperiode 1986/87 mit dem Einsatz rechnet, müssen in den kommenden Monaten die gesetzgeberischen Grundlagen geschaffen werden. Dabei geht es um ein Gesetz für den Aufbau einer Erdgasversorgung sowie um ein Rohrleitungsgesetz - ähnlich dem Gesetz über die Stromversorgung durch die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW).

## Statt Todesstrafe 25 Jahre Haft

Urteile im Thorer Prozess - 25 Jahre für Piotrowski und Pietruszka

Thorn (AP) Wegen der Entführung und Ermordung des oppositionellen Priesters Jerzy Popieluszko hat ein Gericht in Thorn den Hauptangeklagten, den Hauptmann der polnischen Geheimpolizei Grzegorz Piotrowski, am Donnerstag zu 25 Jahren Haft verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte für ihn die Todesstrafe gefordert. Ebenfalls zu 25 Jahren Haft wurde sein Vorgesetzter Oberst Adam Pietruszka verurteilt, den das Gericht der Beihilfe und Anstiftung zur Tat für schuldig befand. Die beiden Mitangeklagten, die Leutnants Leszek Pekala und Walde-

mar Chmielewski, erhielten 15 beziehungsweise 14 Jahre Haft.

Für Pietruszka, Chmielewski und Pekala hatte der Staatsanwalt je 25 Jahre Haft gefordert. Nach Angaben der Warschauer Nachrichtenagentur PAP wurden Piotrowski und Pietruszka die bürgerlichen Ehrenrechte für zehn Jahre aberkannt. Der 33jährige Piotrowski sowie der 32jährige Pekala und der 29jährige Chmielewski hatten während des Prozesses die Entführung und Ermordung des Priesters am 19. Oktober zugegeben. Piotrowski hatte jedoch bestritten, dass er

des vorsätzlichen Mordes schuldig sei. Der 47jährige Pietruszka hatte sich für nicht schuldig erklärt.

Während der Urteilsverkündung verbarge Piotrowski sein tränenerfülltes Gesicht in seinen Armen und trockenete es sich mit einem Taschentuch ab. Pekala schluchzte und Chmielewski zitterte. Die Miene Pietruszkas blieb dagegen ausdruckslos. Die drei zum Gericht führenden Strassen waren von Polizeiwagen blockiert. Bewohner Thorns stellten brennende Kerzen um ein Blumenkreuz auf dem Gelände einer nahegelegenen Kirche auf. In einer anderen Kirche wurde ein Altar für den ermordeten Priester errichtet.

## Begegnung mit der Hochschule

Gymnasiasten-Tag an der Universität Freiburg - 88 Studenten aus Liechtenstein

Die Rekordzahl von 1453 Maturanden aus 38 Mittelschulen der Schweiz und Liechtenstein erlebten am Mittwoch in Freiburg ihre erste Begegnung mit der Hochschule. 713 Teilnehmer waren aus den französischen und italienischen Landesteilen gemeldet, 652 aus der deutschsprachigen Schweiz und nicht weniger als 88 vom Gymnasium Liechtenstein. Es waren alle Regionen vertreten, aus denen traditionellerweise grössere Studentenkontingente nach Freiburg zum Studium kommen.

Nach der ersten Begrüssung und Einführung - durch Rektor A. Macheret in

der Aula für die geisteswissenschaftlichen Fakultäten, durch Vizerektor P. Haab und Dekan H. Meier im Chemie-Hörsaal für die Math.-Naturwissenschaftliche Fakultät - verteilten sich die wissbegierigen Besucher auf die einzelnen Abteilungen und Fachgebiete. Soweit sich daraus die Interessenrichtungen der künftigen Studierenden ablesen lassen, notierten folgende Bereiche im Vergleich zum Vorjahr einen steigenden Andrang: Theologie, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Sprachen sowie die meisten Naturwissenschaften, insbesondere Physik, Chemie, Mathematik und einmal mehr die Medizin. Verminderte Meldezahlen gab es bei den Juristen, Historikern und den Sekundar- und Gymnasiallehrern.

### Ausbau Schulzentrum Unterland

(paf) - Die Regierung unterbreitet dem Landtag Bericht und Antrag betreffend die Bewilligung eines Kredites von 350 000 Franken für den Ausbau von drei Klassenräumen im Schulzentrum Unterland. Die benötigten Mittel sind im Budget für das Jahr 1985 enthalten.

Zahlreiche Professoren, Assistenten, Studentinnen und Studenten hatten auch diesmal die Mühe nicht gescheut, ihren künftigen Kommilitonen ein attraktives Programm mit Informationen, Vorlesungen, Seminarien und Arbeitsbeispielen anzubieten und sich zur Beantwortung von Fragen aller Art zur Verfügung zu stellen.

## KOMMENTAR

### Neue Informationspolitik?

Ob tatsächlich einige hundert Serien der Olympia-Briefmarken 1980, die offiziell wegen der Afghanistan-Invasion der Sowjetunion vernichtet werden sollten, auf dem freien Markt erhältlich sind, wie ausländische Presseberichte und einheimische Philatelisten glauben lassen, wird sich früher oder später weisen. Sicher ist, dass nicht alle Exemplare in der Verbrennungsanlage beseitigt werden konnten, denn die Existenz von zwei Serien - einer gestempelten und einer postfrischen - konnte zweifelsfrei festgestellt werden: Die ungestempelte Serie gelangte im vergangenen Herbst auf einer Auktion in Hamburg in den Handel, die drei gestempelten Briefmarken wurden der Regierung zum Kauf angeboten, die sie schliesslich - wie aus offenbar informierten Philatelistenkreisen verlautete - gegen einen recht hohen Bestand anderer Wertzeichen umtauschte. Doch davon steht nichts in der von der Regierung veröffentlichten Pressemitteilung, obwohl Regierungschef Hans Brunhart am Pressegespräch vom Dienstagabend noch in Aussicht gestellt hatte, alle Fragen würden damit beantwortet.

Die offizielle Mitteilung enthält ausser der Bekanntgabe einer Strafanzeige überhaupt nichts, was nicht schon vorher bekannt gewesen ist. Nicht einmal ein kleiner Hinweis darauf ist enthalten, dass die Regierung mit einem Händler ins Geschäft gekommen ist. Da fragt man sich, weshalb das verschwiegen wird, und auch warum die Regierung die Serie nicht gekauft, sondern umgetauscht hat.

Und weiter könnte die Frage gestellt werden, warum eine Strafanzeige gegen «Unbekannt» erstattet worden ist, wo doch zumindest bei diesem Handel die beteiligten Personen bekannt sind. Ausserdem soll sich in den letzten Tagen eine weitere Person in unserem Land aufgehalten haben, die vorgab, etliche hundert Serien zu besitzen. Warum nicht hier etwas genauer nachschauen?

Dass die Olympia-Marken 1980 vernichtet werden sollten, war ein politischer Entscheid, der damals gegen etliche kritische Stimmen gefällt worden war, die auf mögliche Probleme mit der vollständigen Beseitigung hingewiesen hatten. Für diese Entscheidung und für das Auftauchen einzelner - oder auch der offenbar vorhandenen grösseren Menge - Briefmarken kann der Regierung sicher kein Vorwurf gemacht werden. Hingegen leuchtet in diesem Zusammenhang nicht ein, warum darüber von unseren offiziellen Seiten keine handfesten Informationen erhältlich sind.

Warum müssen wir über die ausländische Presse über diese seltsamen Vorgänge erfahren? Warum gibt die Regierung nicht - und zwar sofort und ohne Umschweife - öffentlich zu, dass sie mit einem Händler ins Geschäft gekommen ist?

Dem heiklen Briefmarkengeschäft bekomme es nicht gut, meinte Regierungschef Hans Brunhart beim Pressegespräch, wenn die Sache mit den Olympia-Marken aufgedeckt werde. Dieser Sorge kann beigegeben werden. Doch gleichzeitig kann man auch zu verstehen geben, dass die seltsame Informationspolitik der Regierung auch nicht zum Ansehen des Briefmarkengeschäftes beiträgt. Solange nicht alle Fakten auf den Tisch gelegt werden, sind der Spekulation Tür und Tor geöffnet. Und überdies hat der Bürger ein Anrecht auf Information - auch in dieser Frage. (G. M.)

### Neuverpachtung der Jagdreviere

(paf) - Die Regierung nimmt die Schreiben der Gemeinden und Alpenossenschaften im Zusammenhang mit der Neuverpachtung der Jagdreviere zur Kenntnis. Aufgrund von Artikel 11 des Jagdgesetzes prüft die Regierung die freihändigen Verpachtungen von Jagdrevieren auf ihre Gesetzmässigkeit. Das Landesforstamt wird angewiesen, die öffentlichen Versteigerungen der Jagdreviere Mauren und Malbun vorzubereiten.



Statt der geforderten Todesstrafe verurteilt gestern das Gericht in Thorn den Hauptmann der polnischen Geheimpolizei, Piotrowski, wegen Mordes an dem Priester Popieluszko zu 25 Jahren Haft. Hier Piotrowski während der Entgegennahme des Urteils.